



www.asienhaus.de/burma



Euro-Burma-Office

www.euroburma.eu



www.burmacentrum.nl

Die sich herausbildende Rolle der Zivilgesellschaft in Burma und die Herausforderung & Möglichkeiten der Wahlen 2010

Bericht zum Workshop auf dem Asia Europe Peoples Forum (AEPF)

Ergebnisse der ersten Sitzung:

Stimmen aus der Zivilgesellschaft und ihre neue Rolle in Burma

Die Zivilgesellschaft in Burma/Myanmar ist nicht tot oder paralysiert, sondern wächst und entwickelt sich. Sie lernt trotz der Widerstände im Land effektiver und effizienter zu arbeiten.

Während der sozialistischen Ära gab es keinen Raum für die Zivilgesellschaft und das Land war sehr stark isoliert. Alle Teilnehmer waren sich darin einig, dass es durch den Zyklon Nargis, der 2008 Teile des Landes zerstört hat, zu einem Wendepunkt für die Zivilgesellschaft in Burma/Myanmar gekommen ist. Es bestand eine starke Notwendigkeit für zivilgesellschaftliche Gruppen, sich im Zuge der Krise zu engagieren, da die Regierung internationalen Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) die Einreise verweigerte. Es kam zu einer starken Mobilisierung der Bevölkerung von Burma/Myanmar, um den Notleidenden im Irrawaddy Delta zu helfen.

Nach Nargis konnten sich die bestehenden Gruppen weiter entwickeln, und es entstanden neue Gruppen, die den wachsenden Raum für zivilgesellschaftliche Arbeit nutzten. Dies taten sie, indem sie Partnerschaften vertieften und die Koordination steigerten. Das *Myanmar-NRO-Netzwerk* ist ein gutes Beispiel einer NRO-Partnerschaft und hat nicht nur die Koordination zwischen lokalen NGOs verbessert, sondern auch zwischen der Zivilgesellschaft und internationalen NRO sowie zwischen NRO und der Regierung.

Auch wenn es immer noch viele Beschränkungen gibt, versuchen die zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, den sozio-politischen Raum zu entwickeln und haben gelernt, wie sie in dieser schwierigen Umgebung operieren müssen. Auch ohne eine offizielle Registrierung können die meisten Organisationen ihre Arbeit ungehindert weiterführen. In einigen Fällen sind die zivilgesellschaftlichen Organisationen sogar stärker und besser finanziert als die Behörden vor Ort, so dass sie dort einen starken politischen und wirtschaftlichen Einfluss besitzen.

Das Ziel der Zivilgesellschaft ist es, die Menschen zu unterstützen und zu stärken sowie ihnen die Möglichkeit zu geben, selbst Entscheidungen zu treffen und ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Ihr Ziel ist es weiterhin, die Jugend, Frauen und entrechtete Communities zu stärken.

Um dies umzusetzen, benötigt die Zivilgesellschaft Zugang zu Initiativen zur Stärkung von Handlungskompetenzen (Capacity Building). Sie brauchen mehr Wissen und Fähigkeiten. Diese können nur durch mehr Partnerschaften, insbesondere mit der internationalen Gemeinschaft, erlangt werden. Die Zivilgesellschaft braucht die internationale Gemeinschaft, um für sie bei den nationalen Behörden mehr Freiraum und mehr Unterstützung für ihre Aktivitäten einzufordern (Advocacy).

Die Notwendigkeit einer langfristigen finanziellen Unterstützung und eines Erfahrungsaustausches mit der Zivilgesellschaft in Burma/Myanmar wurde zusätzlich hervorgehoben.

Ergebnisse der zweiten Sitzung:

Herausforderungen und Möglichkeiten der Wahlen in Burma/Myanmar

Alle Teilnehmer erkennen an, dass das Militär-Regime in Burma/Myanmar die kommenden Wahlen am 7. November als Gelegenheit ansieht, die Militärherrschaft zu legitimieren, die Kontrolle des Militärs zu sichern und die Opposition zu beseitigen. Es ist sicher, dass das Militär versuchen wird, den Prozess zu kontrollieren und dass es die Wahl gewinnen wird. Wenn es jedoch Hoffnung für einen nachhaltigen Wandel zur Demokratie in Burma/Myanmar geben soll, muss dieser von den Menschen im Land selbst ausgehen.

Obwohl der Prozess der Wahlen nicht frei und fair ist und die Verfassung von 2008 ihre Fehler hat, ist die Wahl die erste Möglichkeit, in mehr als 20 Jahren die Gemeinschaft für ihre demokratischen Rechte zu mobilisieren. Einige Organisationen nutzen die Gelegenheit, Communities und Einzelpersonen über ihre Rechte zu informieren und sie darin zu bestärken, ihre eigenen Entscheidungen im Bezug auf diese Themen zu treffen. Es ist eine Chance, die Aufmerksamkeit der Menschen für politische Themen zu entwickeln, besonders von jungen Leuten, die noch nie die Möglichkeit hatten zu wählen. Die Zivilgesellschaft arbeitet daran (trotz der Hindernisse), die Bevölkerung so zu informieren, dass die Wahlen so frei und fair wie möglich werden.

Die Bevölkerung soll mobilisiert werden, um eine Grundlage für die Wahlen 2015 zu schaffen. Die Parteien und die Gesetzgeber müssen von Grund auf lernen, wie man als effektive politische Partei funktioniert. Die Stärkung von Handlungskompetenz (Capacity Building) wird in den nächsten 5 Jahren im Fokus stehen.

Einige zivilgesellschaftliche Gruppen glauben, dass sich durch die Wahlen folgende Möglichkeiten ergeben können:

- die politische Aufmerksamkeit und das politische Wissen in der Bevölkerung zu erhöhen
- Möglichkeiten zum Dialog und zur Diskussion über politische Angelegenheiten an der Basis (grassroots level)
- Kompetenzen stärken
- Wenn die Opposition 25% der Sitze gewinnt, kann sie Kontrolle ausüben und ein Gegengewicht zur Militärführung bilden

Die Wahlen sind nur Wahlen der Legislative, es wird keine neue Regierung gewählt. Somit ist ein Wechsel des Regimes in dieser Wahl nicht möglich. Nach den Wahlen wird die Legislative im Ober- und Unterhaus einen Präsidenten und zwei Vize-Präsidenten wählen. Der Präsident wählt dann eine neue Regierung. Wenn die Opposition 25% der Sitze gewinnen kann, könnten die Wahlen eine Möglichkeit bieten, die Militärregierung zu kontrollieren bzw. zu balancieren. Denn gemäß der Verfassung können 25% der gewählten Mitglieder des Parlaments eine Parlamentssitzung einberufen. Wenn die Opposition die Möglichkeit dazu hat, ist es unwahrscheinlich, dass das Parlament zu einem Erfüllungsgehilfen des Militärs wird und es nur einmal im Jahr zusammentritt, um dessen Entscheidungen abzunicken.

Einige Teilnehmer glauben, dass ein Boykott der Wahlen dem Militär nur mehr Macht gibt – wenn niemand aufsteht und niemand wählt, dann werden die vom Militär unterstützten Parteien ohne eine Opposition gewinnen, und sie können sagen, dass sie die einzig wahren Repräsentanten der Menschen sind. Die meisten Gruppen meinen, dass es nicht akzeptabel sei, der Bevölkerung keine Alternativen zu den vom Militär unterstützten Parteien zu bieten.

Es wurde weiterhin vermutet, dass das Militär möglicherweise nicht in der Lage sein wird, den Wahlprozess so zu kontrollieren, wie es sich das wünscht. Die Wahlgesetze sind denen von 1990 sehr ähnlich und so ist es möglich, falls die Parteien und Kandidaten es zu den Wahlen schaffen, dass diese frei und fair ablaufen. Es muss erwähnt werden, dass oppositionelle Gruppen bereits bei der Wahlkommission diskriminiert wurden und dass das Militär definitiv alles unternehmen wird, um die Opposition zu eliminieren. Allerdings hat das Militär keinen guten Stand in der Bevölkerung und wenn es eine Wahl gibt, wird die Bevölkerung sich gegen den vom Militär unterstützten Kandidaten entscheiden. Dadurch könnte es der Opposition gelingen, einige Parlamentssitze zu gewinnen.

Die Wahlen könnten außerdem zu internen Streitigkeiten im Militär-Regime führen. Einige Generäle und führende Militärs wurden gezwungen zurückzutreten, damit sie als Kandidaten für die 75% der Sitze aufgestellt werden können, die nicht vom Militär beansprucht sind. In der sozialistischen Ära von General Ne Win machte es keinen Unterschied, ob jemand ein aktiver oder ein Offizier im Ruhestand war, da alle arm waren. Heutzutage jedoch sind Offiziere der Armee sehr privilegiert und reich geworden. Diejenigen, die zwangsweise zu Zivilisten werden, werden all ihre Privilegien und ihren Reichtum verlieren. Damit ist eine Katastrophe vorprogrammiert, sollten die Ex-Offiziere

nicht als „gewählte Repräsentanten“ belohnt werden. Dies könnte besonders für diejenigen negative Folgen haben, die keinen Sitz bei den Wahlen gewinnen – plötzlich verlieren sie ihre Macht und ihren Wohlstand. Selbst wenn sie Minister werden würden, wäre ihre Macht geringer als vorher, wenn die gewählte Regierung weniger Macht als das Militär hätte. Somit könnten die Ex-Militärs erkennen, dass sich ihre persönlichen Interessen von denen des Militärs deutlich unterscheiden.

Zudem gibt es zwei große Parteien, die vom Regime unterstützt werden – die USDP und die NUP. Während keine von diesen Parteien als Opposition zum Regime gelten kann, könnten sie sich doch im Parlament als Gegner gegenüberstehen. Die Spitze der USDP hat im Moment deutlich mehr Zugang zu lukrativen Geschäften als die Mitglieder der NUP. Einige Mitglieder der NUP könnten so versuchen, mit der Opposition zusammenzuarbeiten um ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen in einem eher sozialökonomischen Klima durchzusetzen. Auch wenn der persönliche Vorteil die Motivation ist und nicht der Wille des Volkes, könnte diese interne Spannung helfen, eine neue Dynamik im gewählten Parlament zu entwickeln, die zu mehr demokratischen Reformen und einer besseren Kontrolle der Militärführung führt.

Einige Workshop-Teilnehmer der Opposition im Exil glauben, dass die Verfassung von 2008 und der Prozess der Wahlen zu unfair und undemokratisch seien, um daran teilzunehmen. Eine Teilnahme würde nur die Militärs begünstigen. Sie hoffen, dass eine Nicht-Teilnahme an den Wahlen, die internationale Gemeinschaft dazu bewegt die Wahlen abzulehnen und den Druck auf die Generäle zu erhöhen, in einen ernsthaften Dialog mit der Opposition und den Führern der ethnischen Minderheiten zu treten. Sie glauben zudem nicht, dass die NUP eine Kontrollfunktion gegenüber dem Regime einnehmen kann, da sie von diesem unterstützt wird.

Während die meisten Teilnehmer glauben, dass die Exil-Opposition moralisch im Recht ist, sind sie jedoch besorgt über die Option, das Schicksal der Wahlen von einer Reaktion der internationalen Gemeinschaft abhängig zu machen. Nach den Erfahrungen der letzten 20 Jahre, ist die internationale Gemeinschaft wahrscheinlich zu sehr gespalten um eine starke Forderung gegenüber dem Militär für Verhandlungen zu formulieren. Selbst wenn die internationale Gemeinschaft die Wahlen ablehnt, heißt das immer noch, dass der Status Quo im Land bestehen bleibt und die SPDC 100% der Macht behält.

Alle Akteure aus dem Land selbst glauben, dass, trotz der geringen Chancen der Opposition, es richtig war, diese Gelegenheit der Wahlen wahrzunehmen, um das Militär zu bekämpfen und soviel Macht wie möglich zu bekommen. Das Militär wird von sich aus keine Macht abgeben. Die Menschen in Burma müssen ein Umfeld kreieren, in dem die Macht des Militärs angefochten werden kann. 2010 könnte der Anfang vom Ende der Militärregierung sein.